

Pax Christi-Jubiläumskongress vom 4. - 5. April 2008 in Berlin

„Krieg gegen den Terror“ und Dialog mit der muslimischen Welt am Beispiel Iran

Mohssen Massarrat

31. März 2008

I

Der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ ist begrifflich eine Konstruktion. Diese soll kriegerische Handlungen von Staaten bzw. Staatenbündnissen gegen bewaffnete Aktionen von nichtstaatlichen Gruppen, am Völkerrecht und den Internationalen Konventionen vorbei, moralisch legitimieren. Diese Konstruktion eignet sich ganz besonders für Hegemonialstaaten um, neben ihren beträchtlichen Machtprivilegien im UN-Sicherheitsrat, sich zusätzlich politische militärische und moralisch legitimierte Interventionskapazitäten zu schaffen sowie darüber hinaus auch bei Bedarf und nach eigenem Gutdünken eigene Ziele möglichst „störungsfrei“ durchzusetzen. Die Vereinigten Staaten von Amerika legitimierten ihre diversen Kriege nicht nur in Afghanistan und Irak, auch in Somalia und den Philippinen, sondern auch alle ihre völkerrechtswidrigen Handlungen, wie die illegalen Transporte und die Folter von Terrorverdächtigen, durch die Konstruktion „Krieg gegen den Terror“. Ähnlich verhält sich auch Russland in seinem Krieg gegen Tschetschenien in Zentralasien.

II

Historisch steht der „Krieg gegen den Terror“ im Kontext von Huntingtons *Clash of Civilizations*, der - ganz im Sinne der self fulfilling prophecy - maßgeblich zur Stärkung von Al Quaida und zur Internationalisierung des Terrors, schließlich auch zum Terroranschlag vom 9. September beigetragen hat. Huntington schuf mit seinen Thesen bei den Eliten der imperialistischen Staaten des Westens das Bewusstsein, dass (a) die aktuell globalen Brüche und Erosionen in der Welt nicht zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus, sondern entlang der kulturellen Gegensätze stattfänden und (b) der Islam mit Abstand die größte Bedrohung für die christlich-

westlichen Staaten darstelle, gegen den sich letztere zur eigenen Selbstverteidigung militärisch abzusichern hätten. Huntingtons These lieferte eine hegemonial wirkungsvolle Begründung für eine neue Aufrüstung des Westens, folglich auch für ein neues globales Wettrüsten. Sie verstärkte auch in der islamischen Welt die politische Radikalisierung der antiwestlich fundamentalistischen Strömungen und Gruppen einschließlich des internationalen Terrorismus der Gruppen und Banden, die ihrerseits die eigenen Handlungen mit Verweis auf westlich-christliche Bedrohungen für den Islam religiös rechtfertigen. Dank Huntington dominiert seit Mitte der 1990er Jahre der sogenannte „Krieg der Kulturen“ den globalen Diskurs mit den entsprechenden Konflikt schürenden Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. Die Ermordung von Theo van Gogh durch einen marokkanischen Fanatiker in Amsterdam als Reaktion auf dessen antiislamische Provokationen, die Mohammed-Karikatur in der dänischen Tageszeitung Jyllands Posten und die Folgen des jüngsten antiislamischen Machwerks des rechtspopulistischen Politikers Geert Wilders in den Niederlanden sind die prägnanten Beispielen eben dieses *Krieges der Kulturen*. Dazu gehört nicht zuletzt auch das in Deutschland zum Volkssport gewordene Islam-Bashing der Agitatoren um die durch Henryk M. Broder geführte „Achse des Guten“, dem sich inzwischen offensichtlich auch manche überangepasste ehemalige Mosleminnen, wie z. B. Seyran Ates und Nekla Kelek, angeschlossen haben.

III

Der „Krieg gegen den Terror ist ein Baustein der politisch-militärischen Strategie der Vereinigten Staaten zur Wahrnehmung ihrer Hegemonialinteressen in strategisch relevanten Staaten und Regionen, die ideologisch im globalen „Krieg der Kulturen“ eingebettet ist. Neokonservative in den USA um George W. Bush, Dick Cheney u. a., Neoliberale in der gesamten westlichen Welt, der militärindustrielle Komplex, einschließlich der Atomindustrie und großer Teile des Energiesektors in der westlichen Welt, verfolgen in einer globalen Allianz ihre handfesten ökonomischen und geostrategischen Interessen, indem sie ihre Politik als eine Politik zur Verteidigung der Demokratie und der westlichen Werte gegen die islamische Bedrohung ausgeben und damit bisher auch erfolgreich in der Lage waren, die gesamten Bevölkerungen in den christlich-westlichen Staaten für ihre grundsätzlich

konfrontativen und teilweise – wie in Afghanistan und Irak - auch kriegerischen Handlungen zu mobilisieren.

IV

Der Iran-Atomkonflikt, der seit 2003 und kurz nach dem Beginn des Irak-Krieges zu einem Dauerbrenner der internationalen Politik geworden ist, wird von beiden Seiten allgemein als Bestandteil des *Kriegs der Kulturen* interpretiert und er ist auch mittlerweile dazu hochstilisiert worden. Die Versuche, die Islamische Republik Iran als die Speerspitze des sich gegenwärtig angeblich weltweit bildenden *Islamo-Faschismus* zu dämonisieren auf der einen Seite und die verbalen Angriffe gegen Israel und die Infragestellung des Holocaust durch den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad auf der anderen Seite, machen deutlich, auf welche Weise dieser Konflikt aus seinem realen sicherheitspolitischen Hintergrund herausgelöst und zu einem gefährlichen Konflikt zwischen dem „christlich-demokratischen Westen“ und dem Islam auserkoren und in eine gefährliche explosive Richtung gedrängt worden ist. Tatsächlich stehen hinter dem Atomprogramm der Islamischen Republik Iran das nukleare Wettrüsten im Mittleren und Nahen Osten, das seit ca. drei Dekaden durch Israels atomare Erstschlagskapazität entstanden ist. Und in der Tat ist die neokonservative Elite der USA sichtlich bemüht, Irans Atomprogramm als Vorwand für die Zerschlagung des iranischen Staates durch einen weiteren Krieg im Mittleren Osten zu instrumentalisieren, um nach Taliban und Saddam Hussein das entscheidende Hindernis zur störungsfreien Wahrnehmung der Hegemonialinteressen der USA (vollständige Kontrolle der Energiequellen und Transportrouten des Mittleren Ostens, OPEC, Mengen-, Preis- und Ölversorgungspolitik) zu beseitigen. In großer Sorge muss festgestellt werden, dass Bush und Cheney ihre Kriegspläne gegen den Iran keineswegs aufgegeben haben, sondern sie weiterhin verfolgen. McCain, der Präsidentschaftskandidat der Republikaner, macht auch keinen Hehl daraus, Bushs Mission im Falle seines Sieges weiterhin zu verfolgen. In Übereinstimmung mit Israel findet McCain Unterstützung durch einflussreiche christliche Fundamentalisten, u. a. durch den als Wortführer des sogenannten *christlichen Zionismus* bekannten John Hagee, die offen nicht nur für einen Krieg, sondern sogar für einen Atomkrieg gegen den Iran plädieren.

Die Politik der Neokonservativen, die Hegemonialposition der USA - übrigens auch im Bündnis mit mächtigen Gruppen außerhalb der USA, aber zu Lasten der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung - für weitere Jahrzehnte zu verlängern und sie ideologisch mit dem „Krieg der Kulturen“ zu ummanteln, führt die Welt von der einen in die nächste Krise, von einem zum nächsten Krieg. Diese Politikperspektive reduziert die globalen Handlungsspielräume für Demokratisierung, für Armutsbekämpfung und zur Verhindern des Klimawandels beinahe auf Null. Sie verfestigt auch Feindbilder und fördert regionales und globales Wettrüsten. Es ist an der Zeit, diese Politik und die damit einhergegangenen Konfliktstrukturen zu verändern. Dazu ist nicht nur ein *regime change* in der Vereinigten Staaten erforderlich, der – wie Barak Obamas Erfolge belegen – durchaus möglich zu sein scheint. Es ist auch dringend erforderlich, den herrschenden *Diskurs des Kriegs der Kulturen* in den einzelnen Staaten und global zu durchbrechen.

VI

Der herrschende antiislamische Diskurs in Europa und Deutschland, der paradoxerweise durch eine unheilige Allianz von extrem rechten Strömungen und pro-israelischen Gruppen und Personen um die selbsternannte „Achse des Guten“ und einem großen Teil der Medien geführt wird, müsste durch eine breite Allianz des Friedens in einen Diskurs für den inneren Frieden, für Integration, Dialog und für multikulturelles Zusammenleben verwandelt werden. Dieser Diskurswechsel stellt eine wichtige Voraussetzung für einen Politikwechsel der Bundesregierung gegenüber den islamischen Staaten dar. Deutschland und die EU als Ganzes haben ein existenzielles Interesse an Kooperation und friedlichen Beziehungen zu allen Staaten im Mittleren und Nahen Osten und zu der gesamten islamischen Welt. Es ist an der Zeit, dass Deutschland und Europa schon aus diesem Grunde alle Initiativen und Entwicklungen zu einer regionalen Kooperation und gemeinsamen Sicherheit im Mittleren und Nahen Osten, wie beispielsweise die Initiative zur Entstehung einer Modellkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region (KSZMNO), unterstützen. Sie sollten alle Staaten der Region einschließlich Israel ermutigen, sich am Dialog für gemeinsame Sicherheit und ökonomische Kooperation aktiv zu beteiligen, statt - wie es zur Zeit der Fall ist - für eine Seite Partei zu ergreifen. Dabei kommt einem Politikwechsel gegenüber der Islamischen Republik Iran eine zentrale

Bedeutung zu. Dies impliziert - statt der gegenwärtigen Unterstützung der konfrontativen Politik der USA - sich auf sicherheits- und energiepolitische Probleme des Iran einzulassen, Iran als Kontrahent Ernst zu nehmen und durch Dialog und ohne Vorbedingungen eine gemeinsame Lösung für den aktuellen Atomkonflikt anzustreben. Dadurch würde aller Wahrscheinlichkeit nach der Politik des gegenwärtigen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der das eigene Nuklearprogramm symbolisch zum alles bestimmenden nationalen Projekt herausgehoben hat, die Basis entzogen und der innenpolitische Spielraum für eine offene Debatte über die sicherheits- und energiepolitische Zukunft Irans und dessen Reformkräfte beträchtlich erweitern.